
Klaus Eßer

Lateinamerika

Industrialisierungsstrategien
und Entwicklung

edition suhrkamp

SV

edition suhrkamp

Redaktion: Günther Busch

Klaus Eßer, geboren am 14. November 1940, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Berlin. Zahlreiche Publikationen zu Themen der Entwicklungsforschung und der Entwicklungspolitik.

Es ist kein Zufall, daß sowohl in den Industriestaaten als auch in den Ländern der Dritten und der Vierten Welt die Programme und Maßnahmen der Entwicklungspolitik zu den meistumstrittenen Politikelementen zählen. Hier sind, auf beiden Seiten, Situationsdeutungen und Interessen im Spiel, die oft nicht einmal im »eigenen Lager« auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können. So nimmt es denn auch nicht wunder, wenn in den Erklärungen von Unterentwicklung, die in den vergangenen fünfzehn Jahren vorgelegt worden sind, diese Interpretations- und Interessenkonflikte sich offen abbilden. Klaus Eßer nimmt diese Diskussionen auf. Sein Verdienst besteht darin, sowohl die divergierenden Theorien über Industrialisierung, Abhängigkeit und Wachstum als auch die ihnen verbündeten Politikstrategien einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und sie mit den Ergebnissen von Fallstudien (über Brasilien, Venezuela, Kolumbien, Peru, die lateinamerikanischen Kleinstaaten) zu konfrontieren. Eßer untersucht die ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen der gegenwärtig in Lateinamerika ablaufenden (teils einheitlichen, teils von Land zu Land unterschiedlichen) Industrialisierungsprozesse, deren Auswirkungen auf die Strukturen dieser Gesellschaften, auf ihr Verhältnis zueinander und zu den Industriestaaten, auf ihr Selbstverständnis und die innergesellschaftlichen Reformansätze.

Klaus Eßer
Lateinamerika
Industrialisierungsstrategien
und Entwicklung

Suhrkamp Verlag

2. Auflage 2015

Erste Auflage 1979

edition suhrkamp 942

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1979

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)

ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-10942-7

Inhalt

Politische Bedeutung der Entwicklungsländer- und Lateinamerika-Forschung 7

- Modernisierungs-, technokratische und sicherheitspolitische Entwicklungsforschung 7
- Unterentwicklungs-, Dependenz- und Dissoziationsforschung 11
- System- und Strategievergleich 17
- Erforschung der konkreten Prozesse kapitalistischer Industrialisierung 20
- Bedeutung der Fallstudien 23

Charakteristika und Tendenzen kapitalistischer Industrialisierung in Lateinamerika 31

Militärisch-technokratischer Autoritarismus als Bedingung kapitalistischer Industrialisierung. Brasilien 54

- Autoritäre Tradition, Krise der politischen Autorität, Etablierung einer autoritären Führungsgruppe 54
- »Technokratische Lösung« und politische Institutionalisierung 58
- Herausbildung einer militärisch-technokratischen Macht- und Wirtschaftselite 66
- Der Staatsapparat als Instrument der neuen Machtelite 73
- Klassenkampf unter qualitativ veränderten Bedingungen 79

Wirtschaftsaktivitäten des Staates zum Aufbau einer Industrie- und Großmacht. Brasilien 84

- Die Wirtschaftspolitik 84
- Die dritte Phase der Industrialisierung: Importsubstitution von Zwischenprodukten und Investitionsgütern 94
- Wirtschaftspolitische Probleme der nächsten Jahre 100
- Staat und ausländische Konzerne: Kooperation und Konflikt 107

Agrar-, Regional- und Sozialentwicklung bei Konzentration auf das Ziel »wirtschaftliches Wachstum«. Brasilien 121

- Agrarentwicklung über kapitalkräftige Großunternehmen 121
- Tendenzen inter- und intraregionaler Entwicklung 128
- Sozialentwicklung bei wachstumskomplementärer Distributionspolitik 140
- Wachstums- und Entwicklungsperspektiven 152

Entwicklung bei Dominanz des Wachstumsfaktors »Kapital«.

Venezuela 158

- Entwicklungsbedingungen eines Erdöllandes 158
- Industrialisierung in einer Erdölexportwirtschaft 160
- Inter- und intrasektorale Distribution: das Beispiel der Landwirtschaft 167
- Regionale Distribution 171
- Soziale Distribution 173
- Institutionelle Entwicklungshemmnisse 186
- Wirtschaftsordnungspolitische Entwicklungshemmnisse 188
- Machtpolitische Entwicklungshemmnisse, Destabilisierung und Krise der demokratischen Ordnung 196
- Erdöleinnahmen und Entwicklungsfinanzierung 201

Zur Viabilität der Kleinstaaten Lateinamerikas 208

- Differenzierung der Industrialisierungsniveaus und Herausbildung von Ländergruppen in der Region 208
- Viabilitätsfaktoren in Kleinstaaten 214
- Entwicklungsperspektiven der Kleinstaaten 226

Wachstumsorientierte Erziehungspolitik.

Kolumbien 238

- Das traditionelle Erziehungswesen: Orientierung an der Bildungsnachfrage 238
- Erziehungsreform im Dienste des »modernen Sektors« 252

Erziehungsreform als Bestandteil einer Systemreform.

Peru 263

- Erziehungspolitik zu ökonomischer und sozialer Entwicklung 263
- Implementationsprobleme der Erziehungsreform 274

Anmerkungen 293

Politische Bedeutung der Entwicklungsländer- und Lateinamerika-Forschung

»Die Vorstellung eines Fortschritts des Menschengeschlechts in der Geschichte ist von der Vorstellung ihres eine homogene und leere Zeit durchlaufenden Fortgangs nicht abzulösen. Die Kritik an der Vorstellung dieses Fortgangs muß die Grundlage der Kritik an der Vorstellung des Fortschritts überhaupt bilden.«

Walter Benjamin, *Geschichtsphilosophische Thesen*

Die *politisch wichtigste Frage* für die Entwicklungsländer und die Entwicklungsforschung, für die Länder Lateinamerikas und die Lateinamerika-Forschung ist auf absehbare Zeit die nach den Voraussetzungen und Bedingungen, vor allem den Trägergruppen und Strategien sowie nach den Beschränkungen, Widersprüchen und Entwicklungseffekten der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung unter kapitalistischen Systembedingungen. Gerade diese Frage fand in den Theorien zur »Modernisierung« und denen zur »Unterentwicklung«, in der technokratisch-pragmatischen und in der kritischen Dependenz- und Dissoziationsforschung, wenig Beachtung.

Modernisierungs-, technokratische und sicherheitspolitische Entwicklungsforschung

Ausgeklammert wurde diese Frage in der akademischen Entwicklungsforschung der fünfziger und sechziger Jahre: durch eine Vielzahl von Theorien der Modernisierung auf der Linie einer gradualistischen Entwicklungskonzeption, in welcher »Entwicklung« begriffen wurde als Voranschreiten von der Traditionalität zur Modernität bei Anpassung an die kapitalistischen Industrieländer; auch durch einen unterhalb dieser Theorien angesiedelten systemblinden Mikro-Empirismus, der sich mit Hilfe der zunehmend verfeinerten Methoden der empirischen Sozialforschung einmal diesem, ein anderes Mal

jenem Faktor »sozialen Wandels« oder »politischer Entwicklung« in einzelnen Entwicklungsländern zuwandte – unter Berufung auf den konzeptionellen Dispositionsfonds der euro- und amerikanozentrischen Kategoriensammlungen der allgemeinen Soziologie und Politikwissenschaft¹, immer auf der Flucht aus Geschichte und Politik in eine »interessenlose« Objektivität. Das Ergebnis der Betrachtung einzelner Entwicklungsfaktoren in traditioneller Separierung der Disziplinen war ein buntes Mosaik von Entwicklungsfaktoren.

Die anwendungsorientierte, technokratische Entwicklungsforschung² konzentrierte sich zunächst auf Probleme der externen Wachstumsförderung, um vorgeblich allein entwicklungshemmende endogene Faktoren, insbesondere »Kapitallücken«, auszuschalten. Geplant und evaluiert wurden anfangs vor allem Vorleistungen für die Privatwirtschaft, meist Großprojekte zum Ausbau der materiellen Infrastruktur, dann auch wachstumsorientierte soziale Projekte, etwa zur Qualifizierung von Arbeitskräften für den »modernen Sektor« der Wirtschaft. Hinzu traten später neben der Wirtschaftsanalyse und -planung und neben Untersuchungen zur Wirksamkeit des immer umfangreicheren Instrumentariums der Entwicklungsfinanzierung die Regional- und die Sozialplanung, jene, um große, tendenziell »integrierte« regionale Entwicklungsprogramme zu begründen, diese, um das wirtschaftliche Wachstum über bildungsökonomisch abgesicherte Ausbildungsprogramme zu fördern, um als Basisdaten für Programme gegen den wachsenden Pauperismus Grundbedürfnis-Minima zu ermitteln oder um die ökonomische Beurteilung von Investitionsvorhaben, etwa der Kapitalhilfe, durch eine soziale Beurteilung effizienzsteigernd zu ergänzen.³ Ziel auch der sozialen Analysen blieb es, zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum beizutragen, nicht aber, prioritär die Grundbedürfnisse der Massen zu befriedigen.

Absichernden Charakter besaßen technokratische Länderhilfe-Programme, etwa im Weltbank-, IMF- oder OECD-Stil, Kooperations- und Politik-Papiere. Die letzteren wiesen bereits in die neue Richtung der technokratischen Entwicklungsforschung angesichts von Energiekrise, Rezession und wachsender internationaler Verhandlungsmacht einiger Entwick-

lungsländergruppen. In den Mittelpunkt rücken nun Strukturelemente der Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Analysiert werden Problembereiche der ausländischen Direktinvestitionen; der industriellen Exporte von sich industrialisierenden Ländern; deren Verschuldung; die Bedeutung von Entwicklungsländergruppen für Rohstoffmärkte oder internationales Währungssystem; die Frage nach geeigneten Politiken zur Erfüllung von sich häufenden Forderungen der Entwicklungsländer, etwa nach günstigerem Technologietransfer oder höheren Rohstoffpreisen; schließlich das Problem der Zusammenarbeit der kapitalistischen Industrieländer unter Wahrung gemeinsamer Interessen gegenüber den Entwicklungsländern bzw. bestimmten Ländergruppen der Entwicklungsregionen.⁴

Zwar handelt es sich bei den Produkten der technokratischen Entwicklungsforschung meist um Querschnittanalysen, die nicht nach historischen Ursachen, etwa der Unterentwicklung, oder nach soziokulturellen Besonderheiten fragen. Aber gerade wegen ihrer klaren Zielsetzung, ausgereiften Methoden und pragmatischen Handlungsanleitung erwiesen sich diese Arbeiten als taugliche Anweisungen zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums. Zum Beispiel ermöglichten die Sektorstudien von Weltbank, Interamerikanischer Entwicklungsbank und US-AID von 1964/67 die Formulierung der umfangreichen öffentlichen Investitionsprogramme zum Ausbau der materiellen Infrastruktur und der Schwerindustrie Brasiliens, die sich 1968 bis 1974 in hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten niederschlugen.⁵ Immer größere Projekteinheiten werden plan- und implementierbar, zum Beispiel Bewässerungsprojekte, welche die Ansiedlung von 30 000 bis 40 000 Familien erlauben und einen signifikanten Beitrag zur Steigerung der nationalen Agrarproduktion leisten können. Konzipiert werden bereits noch umfangreichere integrierte Großprojekte zur Agrarentwicklung.

Der Lernprozeß der sechziger Jahre erstreckte sich nicht nur auf Analyse-Methoden der Projekt- oder der Wachstumsforschung sowie wirksamere und flexiblere Planungs- und Implementationsinstrumente, sondern ließ in den USA auch eine neue bürgerliche Politökonomie entstehen, welche etwa Zusammenhänge zwischen nach innen und nach außen gerichtete-

ten Strategien und unterschiedlichen Konstellationen der internationalen Politik erforscht.⁶ Bereits in der Lateinamerika-Politik der Regierung Kennedy waren Programme ökonomischer und sozialer Reform mit solchen militärischer Absicherung verknüpft. Charakteristisch dafür ist das US-Projekt »Camelot«. Heute existiert ein komplexes politisches und militärisches, ökonomisches und soziales Instrumentarium zur Förderung und Sicherung von wirtschaftlichem Wachstum sowie zur langfristigen Durchsetzung »gesamtkapitalistischer Interessen«, welches sich im Rahmen der Industrialisierung – nicht mehr à l'américaine⁷, sondern durchaus an nationalen Bedingungen orientiert – deswegen als zunehmend wirksam erweist, weil es nationale Vorhaben an deren Schwachstellen ergänzt.

Dem widerspricht nicht, daß die wirtschaftswissenschaftliche Entwicklungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland größtenteils auf traditionellen Positionen verharret, etwa dem Theorem der komparativen Kosten und den darauf aufbauenden Modellen. Bei den Entwicklungsländern, die sich dynamisch industrialisieren, stehen nicht handelspolitische, sondern industriestrukturelle Erwägungen im Mittelpunkt. Hauptziel Brasiliens oder Mexikos ist die Diversifizierung der Produktionsstruktur zur Erzeugung von Gütern für einen sich differenzierenden Bedarf primär interner, sekundär externer Nachfrager in hinreichender Quantität und Qualität, also von ähnlichen Gütern, wie sie die Industrieländer produzieren und austauschen.⁸ Erreichbar ist dieses Ziel einzig durch den Aufbau einer hochmodernen spezialisierten Industrie auf der Basis relativ kapitalintensiver, zunehmend auch technologie- und forschungsintensiver Verfahren. Nur aus einem solchen Industrialisierungsprozeß resultieren Exporte höherwertiger Produkte mit längerfristigen internationalen Wettbewerbsvorteilen im Rahmen einer intra-industriellen Spezialisierung.

Die teilindustrialisierten Länder Lateinamerikas erfahren, weil sie noch überwiegend traditionelle Industrieprodukte exportieren, daß »beim Handel nach komparativen Kosten der mächtigere Handelspartner den zusätzlichen Vorteil nahezu ausschließlich für sich« bucht.⁹ Der Protektionismus der Industrieländer wächst überall dort, wo die Entwicklungsländer eindeutige komparative Vorteile haben. Selbst weniger

industrialisierte Länder Lateinamerikas versuchen deswegen, kombinierte Politiken zur Förderung der Industrialisierung zu verfolgen, in denen das Wachstum durch Exportsteigerung und -diversifizierung nach dem Theorem der komparativen Kosten nur komplementäre Bedeutung besitzt¹⁰, die Vervollständigung der Industriestruktur aber Priorität. Die teilindustrialisierten Länder der Region bemühen sich um Exporte aus ihren kapitalintensiven Industrien – gegenwärtig vor allem in andere Entwicklungsländer, wo ihre Konkurrenz mit Anbietern aus den Industrieländern schnell an Bedeutung gewinnt, auch wenn manche der Exporte durch Tochtergesellschaften multinationaler Konzerne getätigt werden.

Unterentwicklungs-, Dependenz- und Dissoziationsforschung

Verdeckt wurde die Frage nach Bedingungen, Elementen und Politiken kapitalistischer Industrialisierung nicht zuletzt durch die teils bürgerlich-nationalistische, teils marxistische Forschung zu Unterentwicklung und Dependenz in Lateinamerika seit den sechziger Jahren. Wie vorher die Modernisierungstheorien überwogen nun Erklärungsmodelle zur »Entwicklung der Unterentwicklung«.¹¹ Der Modell-Deduktionismus richtete sich auf die Stagnationstendenzen in Lateinamerika (seit dem Ende des Korea-Krieges bis zur Mitte der sechziger Jahre); angesichts der »Öffnung nach außen« auf die Nachteile, die aus den Mechanismen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung für die einzelnen Länder entstanden; angesichts relativ hohen wirtschaftlichen Wachstums seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre auf die Verschärfung der »strukturellen Heterogenität«¹² in und zwischen Sektoren, Regionen und sozialen Schichten.

Die konkreten Ergebnisse dieser Forschung hinsichtlich der weiteren kapitalistischen Industrialisierung¹³ sprechen für sich. Zunächst wurden die Entfaltungsmöglichkeiten einer bestimmten Trägergruppe dieses Prozesses mit denen des nationalen und internationalen Kapitalismus verwechselt. Aus dem wachstumspolitischen Unvermögen der nationalen industriellen Bourgeoisie angesichts der schnellen Erschöpfung der

importsostituierenden Industrialisierung wurde auf eine tiefgreifende Krise des Kapitalismus in der Region und auf kurzfristigen Systemwandel geschlossen. Angenommen wurde, nachdem sich neue politisch-ökonomische Führungsgruppen mit wirksameren Industrialisierungsstrategien herausgebildet hatten, der Staat als Wirtschaftssubjekt an Bedeutung gewann und mit multinationalen Konzernen zusammenwirkte, ein »abhängiger Staatskapitalismus«¹⁴ mit begrenzten Industrialisierungschancen. Als sich eine Gruppe von teilindustrialisierten Ländern herausgebildet hatte, hieß es, der Kapitalismus der Peripherie könne zwar eine »außerordentliche industrielle Dynamik« entfalten, aber auf keinen Fall – wegen der Dependenz – die Unterentwicklung aufheben.¹⁵

Kann sinnvoll angenommen werden, daß sich in Ländern wie Brasilien und Mexiko nach dem Aufbau der klassischen Produktion der Industriestaaten die »kapitalistische Produktionsweise der Peripherie« weiterhin durch das Nebeneinander vorkapitalistischer und kapitalistischer Gesellschaftsformationen auszeichnet, also die Umstrukturierung der Produktionsverhältnisse in den traditionellen Wirtschaftsbereichen ausbleibt, damit eine entscheidende Voraussetzung der Erweiterung des Spielraums für die Entfaltung der Produktivkräfte fortfällt und ein auch längerfristig »wachsendes Auseinanderklaffen der sektoralen Produktivität im Innern«¹⁶ diese peripheren Volkswirtschaften bestimmt? Ist nicht gerade diese letzte Tendenz lediglich für eine bestimmte Phase kapitalistischer Industrialisierung charakteristisch? Und ist nicht ein Ungleichgewicht der Produktivität in und zwischen Sektoren Folge *und* Bedingung kapitalistischer Industrialisierung?

Die Frage nach der »Unterentwicklung« kapitalistischer Entwicklungsländer kann nicht auf die Frage nach der »Dependenz« reduziert werden. Die Begründung über die Abhängigkeit der Peripherie-Länder von kapitalistischen Metropolen, und sei es über, historisch gesehen, exogen determinierte endogene Faktoren, ist unzureichend, weil eine jeweils spezifische Konstellation endogener und exogener Faktoren, die eine eigene, jeweils neue Qualität besitzt, in jedem Land »Unterentwicklung«, »Dependenz«, »kapitalistische Industrialisierung« und »Entwicklung« bestimmt. Zudem verstellte die einseitige Beachtung der exogenen Entwicklungsfakto-

ren – von den Analysen zu den Terms of Trade über die Dependenz-Studien bis hin zu Untersuchungen zum »ungleichen Tausch« – den Blick auf die »immanente Wachstumsfähigkeit«¹⁷ zumindest der größeren und mittleren Länder, die immer zu gering eingeschätzt wurde, sowie auf Umfang und Machtpotential der prokapitalistischen Bevölkerungsgruppen in den verschiedenen Schichten.

Das *Verdienst* dieser Forschungen besteht darin, wichtige Ursachen der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Entwicklungsländer aufgezeigt zu haben; die *Schwäche ihres Vorgehens* besteht darin, daß ihre kritische Position nicht selten von der Umkehr der Prämissen und Implikationen der Modernisierungstheorien lebte, nicht selten auch von Beweisführungen, welche sich auf die gerade vorherrschende Außenwirtschaftstheorie in den kapitalistischen Industrieländern und deren Thesen zur weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung stützten, wobei die gegebene internationale Arbeitsteilung und Machtstruktur aufgrund vermuteter Wachstums- und Verhandlungsschwäche der abhängigen Länder als feste Größen angesehen wurden¹⁸; ihr *Versäumnis* darin, nicht die konkreten Bedingungen der gegenwärtigen kapitalistischen Industrialisierung empirisch untersucht zu haben; ihre *politische Schwäche* darin, daß sie die Beschränkungen und Grenzen kapitalistischer Industrialisierung, weil sie der Diagnose ökonomischer und politischer Prozesse auswich und gebannt auf einen Faktor, die Dependenz dieser Länder, starrete, immer wieder überbetonte und daher oft politisch irrelevante und auch schwärmerische Schlußfolgerungen zog.

Mit dem Reformkapitalismus, dem gemäßigten Nationalismus und Populismus, der Zensur der Diktaturen, der Folterung und Emigration der Intellektuellen sowie der Umsetzung von neuen Industrialisierungsstrategien, die hinsichtlich des wirtschaftlichen Wachstums erfolgreich sind, verlor diese Forschungsrichtung in Lateinamerika an Bedeutung. Zugleich ging die Vorgeschichte der antikapitalistischen Bewegung in dieser Region zu Ende. Es war nicht mehr möglich, den Systemwandel von Guerilla-Aktionen oder gar von Wahlergebnissen mit relativer Mehrheit zu erwarten. Und wichtiger als der traditionelle Doktrinen-Streit schien nun die Analyse der eigenen Realität. In kleinen Gruppen beginnt seit 1973/74

dort, wo dies möglich blieb, ein intensives Studium des Marxismus. Auf dieser Basis setzen empirische Untersuchungen ein, die für die nächsten Jahre wichtige Ergebnisse versprechen. Zugleich wird versucht, eine langfristige politische Perspektive zu entwickeln. In der politischen Praxis sind gegenwärtig und auf absehbare Zeit nur »kleine Schritte« möglich.

Zugleich erreichte der skizzierte Typ von Unterentwicklung- und Dependenzforschung eine systematisierte Endstufe, eine Mischung verschiedenster Elemente zu einer *Theorie des peripheren Kapitalismus*, in Westeuropa, vor allem – nicht von ungefähr – in der Bundesrepublik Deutschland. An die Stelle der Behauptung, unter gegebenen Dependenz-Bedingungen sei eine hinreichende Akkumulation als Grundlage kapitalistischer Industrialisierung ausgeschlossen, trat nun die These, trotz schneller Entfaltung der Produktivkräfte sei im kapitalistischen Rahmen eine Befriedigung der Grundbedürfnisse nicht möglich.¹⁹ (Das vielzitierte Beispiel »Brasilien«, so wird später gezeigt, eignet sich allerdings nicht zur Beweisführung, da dort die Entfaltung der Produktivkräfte allmählich – im Verhältnis zu den gegebenen Möglichkeiten sehr langsam – eine Anhebung des Niveaus der üblichen sozialen Indikatoren erlaubt.) Und statt der Forderung nach Revolution, nach dem »Ausscheren« aus dem kapitalistischen System, wurde nun die nach *Dissoziation*, Abkopplung der Entwicklungsländer von der internationalen kapitalistischen Wirtschaft²⁰, erhoben. Doch ohne Revolution gegen die prokapitalistischen Führungsgruppen *in den Entwicklungsländern selbst* ist diese Forderung nicht umzusetzen. Und die Zeiten eines nationalen Kapitalismus und auch eines nationalen Sozialismus in mittleren und kleinen Ländern, damit in fast allen Entwicklungsländern, sind vorbei.²¹ *Revolution* aber impliziert ohnehin Dissoziation von den kapitalistischen Industrieländern, zumindest in den ersten Jahren, nach einigen Jahren dann meist partielle, von nationalen Interessen bestimmte Kooperation mit diesen.

Politisch bedeutsam bleiben auf absehbare Zeit die Forderungen gerade der kapitalistischen Entwicklungsländer nach gleichberechtigter Integration in den industriellen Kapitalismus durch partielle Veränderungen der Weltmarktmechanismen, Forderungen, die unterstützt werden durch die OPEC-Länder, durch subregionale Integration und regionale Block-

bildung, etwa der Länder Lateinamerikas²², sowie durch starke, sich dynamisch industrialisierende Entwicklungsländer, etwa Brasilien oder Mexiko. Die Haltung der kapitalistischen Industrieländer gegenüber bisher offen geförderten Militär- und Zivildiktaturen, selbst rassistischen, dürfte sich bald ändern, gerade weil viele von diesen in der industriellen Entwicklung erfolgreichen Diktaturen versuchen, den Druck von unten nach außen weiterzugeben und die »nachholende« Industrialisierung durch Veränderungen in der internationalen Wirtschaft zu erzwingen.

Die kapitalistischen Entwicklungsländer verlangen verbal eine *neue internationale Wirtschaftsordnung*, tatsächlich aber – wie einst die Gewerkschaften in den kapitalistischen Industrieländern – eine Veränderung der Distributionsmechanismen, also der Verteilungsergebnisse zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Sie wenden Politiken und Methoden an, die nicht zuletzt deswegen wirksam sind, weil sie unterhalb antagonistischer Konfrontations- und Systemschwellen operieren. Die Forderung der nicht-kapitalistischen Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung würde nur dann Gewicht erlangen, wenn sie angesichts einer langfristig starren Haltung der kapitalistischen (und sozialistischen) Industrieländer ein stabiles Bündnis mit den kapitalistischen Entwicklungsländern schließen könnten. Gerade dies aber ist unwahrscheinlich.

Vorläufig halten die nervös gewordenen Regierungen der Industrieländer den plötzlich renitenten Diktaturen lediglich drohend die Fahnen der »Demokratie« und der »Menschenrechte« vor Augen. In einzelnen Fällen, etwa Brasilien oder Peru, kokettieren sie auch mit zivilen Gruppen – in der Annahme, daß konservative Zivilregierungen jedenfalls eine Zeit lang nachgiebiger sein würden. Die internationale Position der kapitalistischen Industrieländer geräte aber in eine Krise, wenn sie nicht den Wünschen der kapitalistischen Entwicklungsländer zumindest schrittweise und partiell nachkämen – im langfristig gemeinsamen Interesse. Angefügt sei, daß die konkreten Bedingungen für eine solche Veränderung der Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern weitgehend unerforscht sind. Wo liegen die durchsetzbaren Kompromisse? Wo die wachstums- und die entwicklungs-

politisch wichtigen Wirkungen auf die Entwicklungsländer?

Ebenfalls ohne hinreichende Fallstudien wurden in den letzten Jahren Kernelemente der traditionellen Erklärungsmodelle zu Unterentwicklung und Dependenz beiseite geschoben. Eine durchaus nicht eindeutige, vom massiven Vordringen ausländischer Direktinvestoren konterkarierte Tendenz zur Ausweitung staatlicher Wirtschaftsaktivitäten, etwa in Brasilien oder Algerien, genügte, um den Staatsapparat – und den Staatskapitalismus – zum wirksamen Instrument der »Überwindung von Unterentwicklung« zu deklarieren. Zugleich wurde aufgrund der OPEC-Erfolge plötzlich das Machtpotential der Entwicklungsländer, auch deren »Chaos-Macht«²³, überschätzt. Hochaggregierte Erklärungsmodelle nach Beobachtung einiger weniger empirischer Regelmäßigkeiten verleiten zu radikalen Schlußfolgerungen. Die Folge ist nicht selten, daß an die Stelle von Bemühungen um Analyse von Industrialisierungs- und Entwicklungsprozessen in einzelnen Ländern, etwa bei unterschiedlichen Bedingungen und Strategien, irrelevante Dichotomisierungen wie »kritiklose Eingliederung in das internationale kapitalistische System – revolutionäres Ausscheren aus diesem« oder »weitere Liberalisierung der internationalen kapitalistischen Wirtschaft – Abkopplung peripherer Gesellschaften von dieser« treten und dann idyllische Empfehlungen zur »Überwindung von Unterentwicklung« formuliert werden, so, als ob der Kampf um Befreiung und Befriedigung – zunächst – der Grundbedürfnisse seine Kraft aus dem Blick in eine imaginäre Zukunft, nicht aber aus dem Blick auf die elende Vergangenheit und Gegenwart schöpfte.²⁴

Verdienstvoll ist die Wendung der Unterentwicklungs-, Dependenz- und Dissoziationsforschung gegen die von den kapitalistischen Industrieländern bisher exportierte Ideologie, welche der Rechtfertigung einseitiger Wachstumsstrategien dient. Eine Vergrößerung des Bruttosozialprodukts und der Einsatz modernster Technologie sollen irgendwann für alle den »Fortschritt« bringen. Nach den »sozialen Kosten«, diesen Typ des eigenen »Fortschritts« durchzusetzen, wird nicht gefragt. Er ist nicht nur in den Industrieländern selbst, sondern auch und gerade in den Entwicklungsländern von gesellschaftlich geringem Nutzen.

System- und Strategievergleich

Aus Analysen, die ergeben, daß kapitalistische Entwicklung im Rahmen einer teilweise liberalisierten internationalen Wirtschaft Abhängigkeit und Unterentwicklung verursacht, perpetuiert und vertieft, werden Forderungen nach Revolution bzw. Dissoziation abgeleitet. Eine Ökonomie auf der Basis autonomer Akkumulation solle aufgebaut werden. Zunächst müßten die Grundbedürfnisse der Massen befriedigt werden. Erforderlich sei zudem angesichts der Zersplitterung vieler Entwicklungsregionen in Klein- und Kleinststaaten der subregionale oder regionale, hinsichtlich der Blockbildung nach außen auch der kontinentale Zusammenschluß von Entwicklungsländern. Wirtschaftlich entwicklungsfähige Großraumwirtschaften und politisch abgestützte und verhandlungsstarke Ländergruppen sollten gebildet werden.²⁵ Verwiesen wird dabei auf Erfahrungen mit nicht-kapitalistischen Entwicklungsstrategien, etwa der VR China, Vietnams, Kubas, Nordkoreas und Albanien. Von diesen Beispielen belegen einige tatsächlich ausreichend klar²⁶, daß natürliche Ressourcen und die vorhandenen Techniken auch in armen Ländern ausreichen, um Hunger und Elend kurzfristig zu beheben, die Grundbedürfnisse der Massen zu befriedigen und das Recht auf Arbeit für alle zu gewährleisten. Während in diesen Ländern die Gleichheit der Distribution – meist bis auf eine kleine privilegierte Führungsgruppe – verwirklicht wurde, wächst in den kapitalistischen Entwicklungsländern die Ungleichheit von Vermögen und Einkommen, Lebens- und Arbeitsbedingungen, Bildung und Gesundheit, Wohnen und Zugang zu Kultur und Politik.

In den *teilindustrialisierten* Ländern mit diversifizierten natürlichen Ressourcen, einer großen Bevölkerung, damit einem potentiell – meist auch aktuell – großen Binnenmarkt, etwa Brasilien und Mexiko, hat durch kapitalistische Industrialisierung die relative Verarmung bis zu 60% der Bevölkerung und die *absolute* Verarmung von weiteren 20% bis 30% zunächst noch zugenommen. Als Folge der Entfaltung der Produktivkräfte zeichnet sich jedoch langsam eine Verringerung der absoluten Armut ab. Tendenziell ungünstiger ist die soziale Lage in vielen mittelgroßen Staaten Lateinamerikas, auch im

Erdölland Venezuela, das trotz erheblicher Deviseneinnahmen auf dem Wege kapitalistischer Industrialisierung nicht weit voranschritt. Am ungünstigsten ist die Situation in den Kleinstaaten, welche *in keinem Fall* die für die großen und mittleren Länder entwickelten Strategien kapitalistischer Industrialisierung anwenden können, für die aber bisher nationale und internationale Entwicklungsinstitutionen keine adäquate Strategie gefunden haben.

Die Anwendung alternativer Entwicklungsstrategien ermöglichte es, in wenigen Jahren durch vorrangige Entwicklung der Landwirtschaft eine dauerhaft sichere Ernährungsbasis für die Massen zu schaffen. Dagegen verschärfen sich in kapitalistischen Entwicklungsländern bisher zwei Tendenzen: erstens das Zurückbleiben der Landwirtschaft bei Konzentration auf die Industrie, zweitens die Heterogenität zwischen einem kleinen, relativ kapitalintensiven, überwiegend für den Export produzierenden Sektor und einem großen, in Lateinamerika aus traditionellen Lati- und Minifundien bestehenden Sektor der Landwirtschaft, der eine geringe Produktivität aufweist und die Bevölkerung immer weniger ernähren kann.

Aufgrund der schnellen Entwicklung der Landwirtschaft wurde in sozialistischen Entwicklungsländern eine agrarbezogene Industrialisierung möglich, die trotz erheblicher Schwierigkeiten wegen der insgesamt meist schwachen industriellen Basis dynamisch verläuft.²⁷ Die Industrialisierung in den kapitalistischen Entwicklungsländern dagegen dient bisher, was die Konsumgüterproduktion angeht, vornehmlich der Erzeugung solcher Produkte, die von kleinen Gruppen mit hohem Einkommen nachgefragt werden. Sie beruht auf importierten Rohstoffen, Halbfabrikaten, Maschinen und Technologien. Auch die wenigen teilindustrialisierten Länder, welche in der Grundstoff-, Produktionsgüter- und Investitionsgüterindustrie erhebliche Erfolge erzielten, etwa Brasilien, werden noch lange nicht in die Phase der Produktion von billigen industriellen Massenkonsumgütern eintreten.²⁸

Während die kapitalistischen Industrieländer gegenüber den sozialistischen Ländern Osteuropas, von denen die meisten auf dem Wege »nachholender Industrialisierung« sind, bisher hinsichtlich vieler ökonomischer, sozialer und politischer Indikatoren einen Vorsprung haben, resultiert in den kapitalisti-

schen Entwicklungsländern aus dem Versagen importierter Wachstumspolitiken, massiv Grundbedürfnisse zu befriedigen, eine Brutalisierung der Militär- und Zivildiktaturen, deren Ende nicht abzusehen ist.

Bei der Bekämpfung vorgeblich oder tatsächlich marxistischer, zunehmend auch christlicher und anderer oppositioneller Gruppen werden, etwa in Chile, Argentinien, Uruguay und Brasilien, Methoden gebraucht, deren Härte alle Greuelberichte hinter sich läßt, die Anfang der sechziger Jahre über Kuba verbreitet wurden. Im Systemkampf erlischt die weit über die Mittelschichten hinaus starke Attraktion garantierter Freiheiten; sie bestehen in kaum einem Land, und sie könnten die kurzfristige Befriedigung der Grundbedürfnisse der Massen auch nicht substituieren, sondern allenfalls dieser nachfolgen. Wie aber, solange Diktatur und Einkommenskonzentration unentbehrliche Elemente kapitalistischer Industrialisierung sind?

Doch der System- und Strategievergleich bei Entwicklungsländern sowie die Frage nach alternativen Systemen und Strategien für die kapitalistischen Entwicklungsländer besitzen trotz ihres Beitrages zu politischer Bewußtseinsbildung und internationaler Solidarität nur beschränkte politische Relevanz. Analysen nicht-kapitalistischer Entwicklung werfen häufig Wunschvorstellungen für die übrigen Entwicklungsländer aus, ohne daß sie deren politische Umsetzbarkeit klären. Zwar wird eine Revolution auch in den nächsten Jahren in dem einen oder anderen Entwicklungsland möglich sein, aber wohl kaum in einer größeren Anzahl von Entwicklungsländern, wahrscheinlich in keinem Land Lateinamerikas. Gerade in dieser Region erwies sich in den sechziger Jahren ein revolutionäres Ausscheren aus dem internationalen kapitalistischen System angesichts der Machtpositionen der Ober- und Mittelschichten, effizient konterrevolutionärer Streitkräfte, der Hemisphären-Dominanz der USA, des massiven Vordringens ausländischer Direktinvestoren sowie der neuen, ökonomisch wirksameren Industrialisierungsstrategien als unmöglich. Die politische und militärstrategische Sicherung Lateinamerikas hat seither zugenommen, die Wirksamkeit der zersplitterten revolutionären Organisationen eher abgenommen.